Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

A2: Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine jetzt forcieren!

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

*Antragsteller*in:* *Jakob Georg Lindenthal (KV Dresden)*

Antragstext

Von Zeile 93 bis 96 löschen:

darüber hinaus in den Folgejahren legitime ukrainische Gegenoffensiven zur Befreiung besetzten Staatsgebiets zu ermöglichen.[Leerzeichen]Diese Maßnahmen werden es ~~wahrscheinlich~~ erfordern, über das Zwei-Prozent-Ausgabenziel und das Sondervermögen hinauszugehen und können z.B. eine rasche Wiedereinführung des

Von Zeile 113 bis 115 einfügen:

Unterstützung für die Ukraine stehen und eine nach realistischen Szenarien einsatzbereite Bundeswehr. Dies erfordert Investitionen in Deutschlands Streitkräfte, die ein Abweichen vom statischen Zwei-Prozent-Ausgabenziel zur Folge haben werden. Hier dürfte mittlerweile ein zusätzliches Ausgabenvolumen von mindestens 300 Millarden Euro benötigt werden. Das 2022 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Millarden Euro kann und wird die Folgen einer jahrelangen Sparpolitik innerhalb der Bundeswehr nicht beheben. In die Bundeswehr und somit in Deutschlands und Europas Sicherheit zu investieren ist elementar, um die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nachhaltig zu stärken. Dabei gilt, dass Investitionen in unser aller Sicherheit nicht weiterhin, auch auf Regierungsebene nicht, gegen andere Ausgaben ausgespielt werden dürfen. Dies verunsichert die Gesellschaft und verstellt den Blick auf die unabdingbare Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit der Demokratie in Deutschland, aber auch in der Ukraine. Aus Haushaltsperspektive befindet sich Deutschland in einem Schlüsseljahr, nicht nur mit Blick auf eine einsatzbereite Bundeswehr, sondern auch für Deutschlands und Europas Blick auf Frieden und Sicherheit. Die SPD ist strukturell so schwach, dass sie sich keine Neuwahlen erlauben kann. Also ist es jetzt Zeit, für weitergehende

Begründung
Änderungsantrag nach Rücksprache mit Jasmina Perske, AG Bundeswehr.